

DER WECHSEL BEGINNT!

Auszüge aus dem grün-roten Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg

Die Menschen in Baden-Württemberg haben sich für eine neue Politik und vor allem für einen neuen Politikstil entschieden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die SPD nehmen diesen Auftrag an.

Der Fleiß der Menschen und ihr Einfallsreichtum haben Baden-Württemberg zu einem wohlhabenden und lebenswerten Land gemacht. Nur mit ständiger Anstrengung und der Bereitschaft zur Erneuerung bleibt Baden-Württemberg erfolgreich. Wir sehen vier zentrale Aufgaben: Die ökologische und soziale Modernisierung, die Schaffung bester Bildungschancen für alle, die nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts und mehr Bürgerbeteiligung.

Wir laden alle ein, mit uns am Baden-Württemberg der Zukunft zu arbeiten – auch all jene, die diesem Wechsel noch skeptisch gegenüber stehen.

Bessere Bildung für alle beginnt mit der Frühförderung

Bildung ist der Schlüssel zu einer selbstverantwortlichen Lebensgestaltung und zur Sicherung der materiellen Existenz. Baden-Württemberg braucht alle Talente. Nur so bleiben wir wirtschaftlich an der Spitze.

Die Grundlagen für den weiteren Bildungserfolg werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir den Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren mit qualitativ hochwertigen Angeboten umsetzen. Wir werden die Ausbildung von ErzieherInnen verbessern und die Studienplätze für frühkindliche Pädagogik ausbauen.

Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir die Rahmenbedingungen in den Einrichtungen verbessern – insbesondere bei der Fachkraft-Kind-Relation sowie der Bezahlung und der Qualifikation der Fachkräfte. Zur Finanzierung werden wir die Grunderwerbsteuer anheben.

Bildungsaufbruch an den Schulen

Das baden-württembergische Schulsystem ist sozial ungerecht, da die Bildungschancen der Kinder zu sehr von deren sozialer Herkunft abhängen. Unser Ziel ist eine Schule, in der jedes Kind individuell gefördert wird und seine Talente bestmöglich nutzen kann. Wir wollen die rhythmisierte Ganztagschule als Regelform im Schulgesetz verankern. Unterricht, Lernzeit, Arbeitsgemeinschaften sowie Freizeit- und Bildungsangebote sollen sinnvoll über den Tag

verteilt werden. Die Kürzungen der Lehrerstunden (von der die Ganztagschule in Bollanden betroffen ist) wird zurückgenommen.

Um einen wertebildenden Unterricht für jedes Kind zu gewährleisten, wird Ethik neben Religion als gleichberechtigtes Wahlpflichtfach ab Klasse eins eingeführt.

Wir ersetzen die verbindliche Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Beratung der Eltern.

Gemeinschaftsschulen werden wir zulassen, wo dies vor Ort gewünscht wird und anspruchsvolle Konzepte vorgelegt werden. Sie schließen an die vierjährige Grundschule an und umfassen Hauptschul-, Realschul- und gymnasiale Standards. Die Berufsorientierung soll einen hohen Stellenwert erhalten. Nach Klasse 10 bestehen Übergangsmöglichkeiten in die gymnasiale Oberstufe oder in eine Berufsausbildung.

Um den Unterrichtsausfall an den Schulen zu verringern, wird die Krankheitsreserve erhöht.

Beste Bedingungen für Studierende

Die Studiengänge müssen wieder studierbar werden und Auslandsaufenthalte sowie interdisziplinäres Studieren ermöglichen. Durch eine bessere Studienberatung und eine Neugestaltung der Studieneingangsphase soll die Abbrecherquote verringert werden. Die Studiengebühren werden abgeschafft.



www.gruene-filderstadt.de



www.spd-filderstadt.de

Ökologische und soziale Modernisierung bringt wirtschaftliche Dynamik

Ein sozialer und ökologischer Modernisierungsprozess eröffnet Wachstumspotentiale und schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wer angesichts knapper werdender Ressourcen früher als andere innovative Lösungen anbietet, der verhilft sich selber zu größeren Chancen.

Wir werden dazu beitragen, dass sich die Heimat des Automobils zum Leitmarkt für Elektromobilität und zugleich zum Leitanbieter einer vernetzten, ressourcenschonenden Mobilität entwickelt.

Baden-Württembergs Ruf als Gründungsland werden wir durch Förderprogramme für Existenzgründer und einem erhöhten Angebot an Mikrokrediten neu beleben.

Um Lohndumping vorzubeugen, werden öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die Tariflöhne oder Mindestlöhne bezahlen.

Nachhaltige Mobilität

Wir wollen unser Land zu einer Pionierregion für nachhaltige, klimafreundliche und soziale Mobilität machen. Wir werden die Schieneninfrastruktur ausbauen (Rheintalstrecke) und die Elektrifizierung (Gäubahn) vorantreiben. Auch die regionalen Schienennetze werden weiter ausgebaut.

Wir werden die Radwegeinfrastruktur unabhängig vom Straßenbau weiterentwickeln und im Landeshaushalt einen eigenen Haushaltstitel für Radwegebau einrichten.

Die Haushaltsmittel für den Erhalt der Landesstraßen werden wir aufstocken. Straßenneubauten sind nur noch in begründeten Einzelfällen zu realisieren.

Die Lockerung von Nachtflugbeschränkungen lehnen wir ebenso ab wie den Ausbau von Flughäfen.

Stuttgart 21

Die neue Landesregierung steht zur Neubau-
strecke Wendlingen-Ulm. Bezüglich Stuttgart 21 vertreten GRÜNE und SPD unterschiedliche Auffassungen. An möglichen Mehrkosten wird sich das Land nicht beteiligen. Sofern die Bahn an Stuttgart 21 auch noch nach dem Stresstest festhält, wird eine Volksabstimmung über den Ausstieg des Landes an der Mitfinanzierung durchgeführt.

Natürliche Lebensgrundlagen bewahren

Wir werden die Energiewende voranbringen und die Nutzung der Atomkraft endgültig beenden. Baden-Württemberg muss zur führenden

Energie- und Klimaschutzregion werden. Die Blockade des Landes beim Ausbau der Windenergie werden wir aufbrechen. Zugunsten von mehr Strom aus Wasserkraft werden wir Potentialuntersuchungen durchführen. Die Netzinfrastruktur und Speicherkapazitäten müssen angepasst werden. Wir wollen keine neuen Kohlekraftwerke. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz soll weiterentwickelt werden.

Der Flächenverbrauch soll durch verbindliche Baulückenkataster und Innenentwicklungskonzepte verringert werden.

Baden-Württemberg soll gentechnikfrei bleiben. Die Umstellung auf biologische Landwirtschaft soll besser gefördert werden.

Nachhaltig haushalten

Allein in der letzten Legislaturperiode wurden 11 Milliarden an neuen Krediten aufgenommen. Grün-rot wird die Schuldenbremse des Grundgesetzes mit einer Vielzahl von Maßnahmen einhalten.

Steuergerechtigkeit herzustellen ist ein Ziel der neuen Regierung. Dazu werden wir die Steuerverwaltung personell besser ausstatten. Der Länderfinanzausgleich ist reformbedürftig, da er kaum Anreize zur Stärkung der eigenen Steuereinnahmen bietet. Er soll neu ausgehandelt werden. Wenn ein Einvernehmen zwischen den Ländern nicht erreicht werden kann, streben wir eine Verfassungsklage an.

Bürger beteiligen und direkte Demokratie

Wir werden die parlamentarische Demokratie durch geringere Hürden für Volksentscheide auf Landesebene und bürgerfreundlichere Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene ergänzen. Um Mitwirkungsrechte junger Menschen zu stärken, wollen wir das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken.

Sicherheit und Freiheit schützen

Wir werden den Personalabbau im Polizeivollzug stoppen und ein Modernisierungsprogramm für die Polizeitechnik auflegen. Wir wollen mehr Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst gewinnen. Die Vergütung der Polizisten soll durch die zweigeteilte Laufbahn verbessert werden. Das Waffenrecht wollen wir verschärfen.